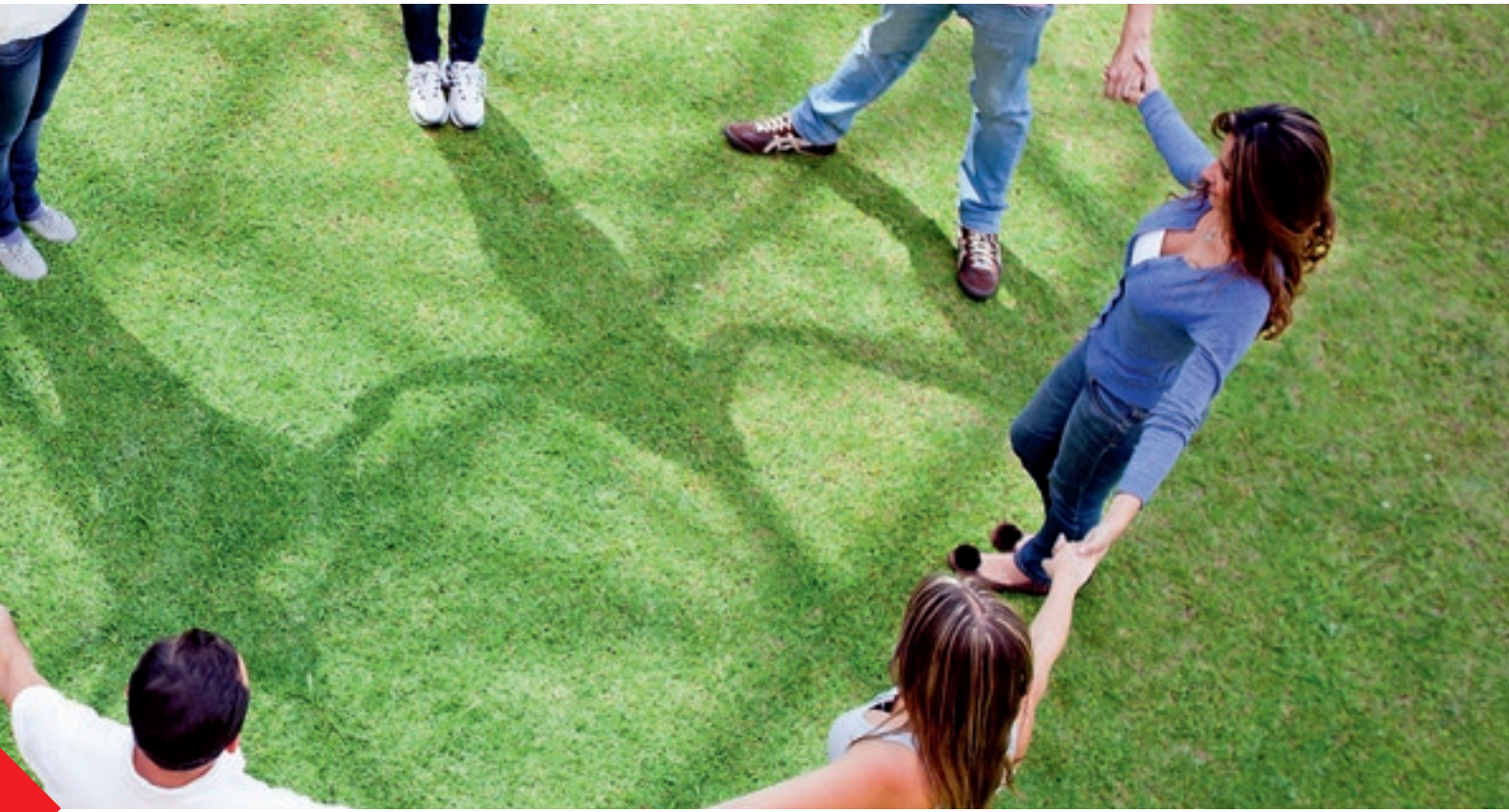




Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf
Fax 0211 855-3211
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de



NRW hält zusammen. Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung.



Grußwort



Das Ziel unserer Landesverfassung, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen, setzt eine Gesellschaft voraus, in der der Einzelne sich frei entfalten kann und die von Solidarität, sozialer Verantwortung, Vertrauen und Zuversicht geprägt ist.

Deshalb dürfen wir nicht die Augen davor verschließen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in den vergangenen zwei Jahrzehnten wieder größer geworden ist. Immer mehr Menschen leben unter schwierigen, prekären Bedingungen. Armut und soziale Ausgrenzung drohen sich für eine wachsende Zahl von Menschen trotz wirtschaftlicher Erfolge und trotz positiver Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu verfestigen. Es passt nicht zu der reichen Gesellschaft, in der wir leben, wenn z.B. einigen Eltern das Geld fehlt, um mit ihren Kindern ins Kino oder in ein Restaurant zu gehen, oder Kinder aus Scham nicht zur Geburtstagsfeier ihrer Freunde gehen, weil die Eltern das Geschenk nicht bezahlen können.

Eine solche Entwicklung kann und will die nordrhein-westfälische Landesregierung nicht hinnehmen. Mit dem bis 2020 angelegten Programm „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ wollen wir solchen Entwicklungen entgegenwirken. Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten werden zum einen benachteiligte Stadtteile und Quartiere stehen, zum anderen besonders von Armut betroffene oder gefährdete Menschen wie Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Kinder sowie Migrantinnen und Migranten. Für und mit diesen Menschen wollen wir Veränderungen vor Ort erreichen, gemeinsam mit Kommunen, Sozialpartnern, Sozialverbänden, Kirchen und weiteren gesellschaftlichen Akteuren.

Wir wollen, dass dies zu einer gemeinsamen Sache in ganz Nordrhein-Westfalen wird, dass Bürgerinnen und Bürger und gesellschaftliche Organisationen auf allen Ebenen zeigen: NRW hält zusammen. Für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung!

Guntram Schneider

Minister für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Inhalt

Wie ist die Lage? Was ist das Ziel?	6
– Armut trifft viele in unserer Wohlstandsgesellschaft	
– Wer ist eigentlich arm?	
– Warum sind so viele Menschen arm?	
– Viele fürchten den sozialen Abstieg	
– Die Folgen für unsere Demokratie	
– Wir setzen auf eine gerechte Gesellschaft	
Das Handlungskonzept	11
– Vorbeugung: Im Interesse aller	
– Vor Ort: Die Kommunen unterstützen	
– Miteinander: Zusammenarbeit mit Partnern fördern	
– Botschafterinnen/Botschafter: Engagierte Menschen setzen sich ein	
– Finanzierung: EU-Mittel ausschöpfen	
Sozialraum. Lebenswerte Quartiere	14
– Armut ist häufig städtisch und in Quartieren konzentriert	
– Eine neue Sozialpolitik, orientiert am Sozialraum	
– Sozialplanung ist notwendig	
– Unterstützung für die Kommunen	
– Teilhabe braucht Mobilität	
– Schulen als Orte der Integration	
– Stabile Quartiere brauchen guten Wohnraum	
Lebenslagen. Menschen brauchen Sicherheit	21
– Armut und Ausgrenzung haben viele Ursachen	
– Kindheit und Jugend: Grundsteine für die Zukunft	
– Gute Unterstützung: systematisch und vernetzt	
– Bildung: Schutz vor Armut	
– Arbeitslosigkeit: bekämpfen und vorbeugen	
– Erwerbstätigkeit: Voraussetzung für soziale Integration	
– Altersarmut: Frauen sind besonders betroffen	
Impressum	27



Wie ist die Lage? Was ist das Ziel?

Armut und soziale Ausgrenzung sind für viele Menschen zum Alltag geworden. Das beeinträchtigt nicht nur das Leben der Einzelnen, sondern auch den sozialen Frieden und die Demokratie in unserem Land.

Armut trifft viele in unserer Wohlstandsgesellschaft

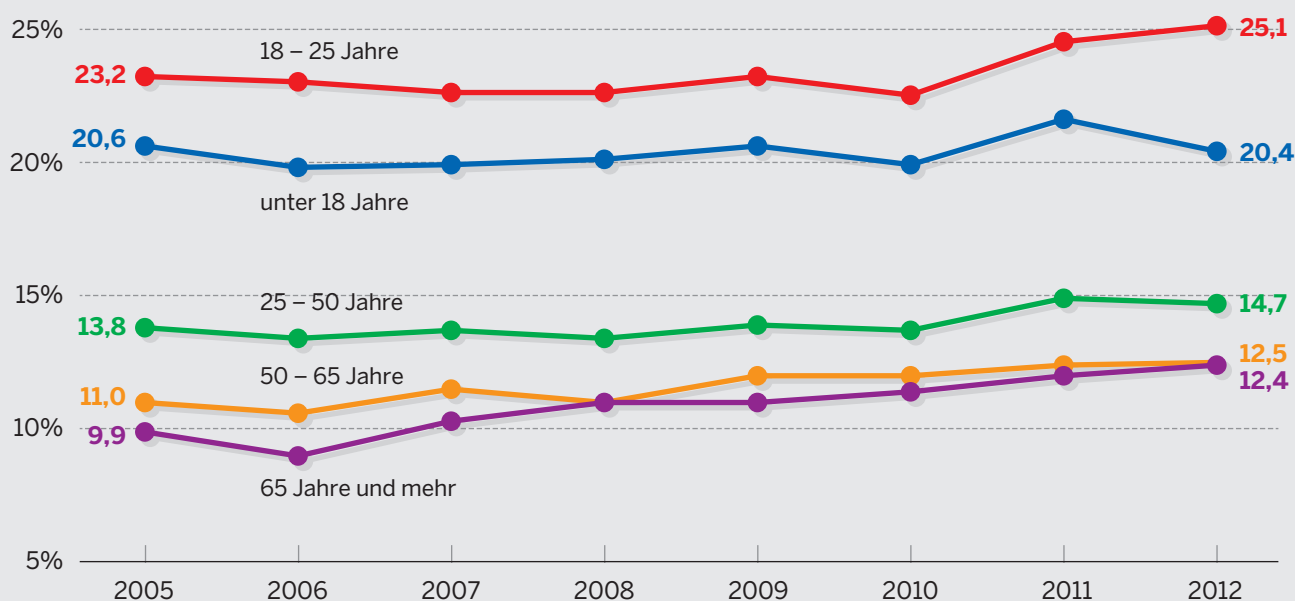
Deutschland ist ein wohlhabendes Land mit zwei Gesichtern: Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben sich positiv entwickelt. Den meisten Menschen geht es gut, sie können sich und ihren Kindern einen guten Lebensstandard bieten. Sie können sich am sozialen Leben beteiligen, sind anerkannte Mitglieder unserer Gesellschaft. Dem gegenüber stehen die vielen Menschen, an denen die positiven Entwicklungen vorbei gehen: Immer mehr können, weil sie arbeitslos sind oder auch trotz Arbeit, ihren Lebensunterhalt nicht selbst ausreichend finanzieren und nicht angemessen am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Sie sind sozial ausgegrenzt. Armut und soziale Ausgrenzung treffen Menschen jeden Alters: Kinder ebenso wie alte Menschen, junge Erwachsene, die gerade in das Berufsle-

ben starten wollen ebenso wie Menschen mittleren Alters, die bereits Familie haben.

2012 waren 2,8 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen einkommensarm. 643.000 von ihnen waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Während sich die sogenannte Armutsrisikoquote bei den Minderjährigen von 2011 bis 2012 etwas verbessert hat, stieg sie im selben Zeitraum bei den jungen Erwachsenen bis 25 Jahre. Auch Menschen im Alter von über 65 Jahren sind von Armut betroffen: Bei ihnen stieg die Armutsrisikoquote ebenfalls an. Diese Entwicklung lag daran, dass das Armutsrisiko bei den Frauen gestiegen ist, während es bei den Männern auf demselben Stand wie zuvor verharrte. Insgesamt lag das Armutsrisiko 2012 fast auf demselben Niveau wie 2011, und zwar trotz sinkender Arbeitslosigkeit. Damit verfestigten sich die sozialen Unterschiede.

Das Armutsrisiko steigt

Armutsrisikoquoten (Prozent) * in NRW 2005 – 2012 nach Altersgruppen (Jahre)**



* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala) von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung je 100 Personen entsprechender Bevölkerungsgruppe; ** Bevölkerung in Privathaushalten; Ergebnisse des Mikrozensus

Quelle: IT.NRW

Grafik: Büro für bessere Kommunikation

Die sozialen Unterschiede verfestigen sich: Das Armutsrisiko lag 2012 fast auf demselben Niveau wie im Vorjahr – trotz sinkender Arbeitslosigkeit.

Wer ist eigentlich arm?

Armut, das ist in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland ein relativer Begriff. Um zu definieren, wer arm ist, orientiert man sich am allgemeinen Wohlstandsniveau und nicht daran, was zum reinen Überleben notwendig ist. Wer weniger als 60 Prozent des mittleren bedarfsgewichteten Einkommens verdient, gilt nach diesem Konzept als armutsgefährdet. Dabei wird auch berücksichtigt, wie viele Personen in einem Haushalt leben und wie alt sie sind. So lag beispielsweise die Einkommensgrenze für einen Einpersonenhaushalt in NRW 2012 bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 853 Euro. Bei einem Haus-

halt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von unter 14 Jahren sind dies 1.791 Euro monatlich.

Arme Menschen müssen prozentual gesehen mehr Geld von ihrem Einkommen ausgeben, um die lebensnotwendigen Bedürfnisse wie Miete, Nahrungsmittel und Kleidung zu bezahlen. Ihnen bleibt somit weniger Geld, um Dinge zu finanzieren, die „soziale Teilhabe“ gewährleisten: Nutzung von Verkehrsmitteln, Freizeitaktivitäten, wie Kino oder Theater, Bildungsangebote, wie Kurse und vieles mehr. So gaben 2008 die Haushalte mit den niedrigsten Einkommen nur 23,5 Prozent für die soziale Teilhabe aus, während es im Durchschnitt 32,3 Prozent waren.

Wir wollen

... ein offenes und vielfältiges Land, in dem alle die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe haben und dazu beitragen, die ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit unseres Landes zu stärken.

... das Leitbild einer sozialen und gerechten Gesellschaft fest verankern. Entscheidend ist das Miteinander. So gewährleisten wir auch eine gute Zukunft für die kommenden Generationen.

... eine vorbeugende Politik, die frühzeitig Bildung ermöglicht, Gesundheit stärkt und Hilfe zur Selbsthilfe gibt.

... eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in ihren unterschiedlichen Lebensräumen und Lebenslagen orientiert.

... dass Menschen ein Einkommen erhalten, das die Existenz sichert und ihnen ermöglicht am sozialen Leben teilzunehmen.

... uns gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen dafür einsetzen, dass das Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ durchgesetzt wird und sogenannte frauenspezifische Arbeitsplätze gerecht neu bewertet werden.

Warum sind so viele Menschen arm?

Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung tragen dazu bei, dass viele Menschen in unserem Land arm sind. Die Einkommen in Deutschland sind in den vergangenen Jahren immer weiter auseinandergedriftet, und das gilt auch für Nordrhein-Westfalen. Während in den 20 Prozent der Haushalte mit dem höchsten Einkommen das monatliche Einkommen überdurchschnittlich stieg, büßten die unteren 20 Prozent mit den niedrigsten Einkommen nominal Geld ein. Schaut man sich die Vermögen an, dann klafft die Lücke sogar noch weiter auseinander: Nahezu drei Viertel des gesamten privaten Vermögens im Land besaß 2008 das oberste Fünftel der Bevölkerung. Bei dem untersten Fünftel dagegen war kein Vermögen vorhanden.

Besonders bedenklich ist nach wie vor die ungleiche Einkommenssituation von Frauen und Männern. Immer noch verdienen Frauen in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Das eigene Alterseinkommen von Frauen aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Altersvorsorge (ohne Hinterbliebenenrenten) liegt 59,6 Prozent unter dem von Männern. Alleinstehende Rentnerinnen sind u.a. daher häufiger auf Grundsicherungsleistungen angewiesen¹⁾. Dies kann sich eine demokratische Gesellschaft, in der das Gleichberechtigungsgebot Verfassungsrang hat, nicht leisten.

1) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Gender Pension Gap, Berlin 2011, S.24



MEINE BOTSCHAFT

Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein, ...

... dass es auch ökonomisch vorteilhaft ist, wenn wir die Armut eindämmen. Nach dem rheinischen Carnevalslied „Drenk doch eine met!“ ist der Umsatz langfristig am größten, wenn alle mittrinken.

Was mir am Herzen liegt:

Den Wohlhabenden klarzumachen, dass Reichtum in Mitten von Armut anstrengend ist. Es geht viel Geld für hohe Zäune und Security drauf. Deswegen ist soziales Engagement reiner Egoismus.

Jürgen Becker, Kabarettist, Köln

” Armut im Alter mündet viel zu oft in einen Teufelskreis von Ausgrenzung, Einsamkeit, Fremdbestimmung und Krankheit. Dem müssen wir entgegentreten: Durch **auskömmliche Erwerbsarbeit und nachhaltige soziale Absicherung**. Aber auch – genauso unverzichtbar – durch die **Gestaltung altengerechter Quartiere**, die Teilhabe und Eigenständigkeit im gewohnten Lebensumfeld ermöglichen. “



Barbara Steffens
Ministerin für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege
und Alter des Landes
Nordrhein-Westfalen

Viele fürchten den sozialen Abstieg

Auch Menschen, die heute zur Mittelschicht zählen, fürchten mittlerweile den sozialen Abstieg. Sie sind verunsichert, weil Niedriglöhne und prekäre Beschäftigung zunehmen, weil Kündigungen drohen und gleichzeitig die finanziellen Belastungen, z.B. durch steigende Mieten und deren Nebenkosten, größer werden. Die Verunsicherung durchzieht unsere Gesellschaft und hinterlässt Spuren: Viele scheuen sich, eine Familie zu gründen, Kinder zu bekommen, weil sie nicht wissen, wie sie zukünftig finanziell und damit auch sozial dastehen werden. Manche würden gerne beruflich weiterkommen, schrecken aber vor Qualifizierung und Weiterbildung zurück, weil sie Angst vor der unsicheren Beschäftigungslage haben. Ohne eine verlässliche soziale Absicherung sinken die Motivation und Qualifikation der Beschäftigten. Darunter leiden langfristig auch ökonomische Erfolge. Die Wirtschaft kann sich das in Zeiten von Modernisierung und globalem Wettbewerbsdruck auf Dauer ebenso wenig leisten, wie unsere Gesellschaft insgesamt.

Die Folgen für unsere Demokratie

Soziale Ausgrenzung und Verunsicherung sind der Nährboden für kulturelle Konflikte, Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen. Wenn sich Menschen durch Armut an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen, versuchen sie andere auszuschließen, um nicht selbst die letzten auf der sozialen Skala zu sein. Rechtsradikalen bietet sich hier der Humus, auf dem sie ihre unsäglichen Parolen wachsen lassen. Schon länger wirkt sich die ungleiche Einkommensverteilung auf das Wahlverhalten aus: Zwischen 1998 und 2009 hat sich der Anteil derjenigen mit

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Die unvermeidbare Armut ist immer auch der unvermeidbare Reichtum der anderen.

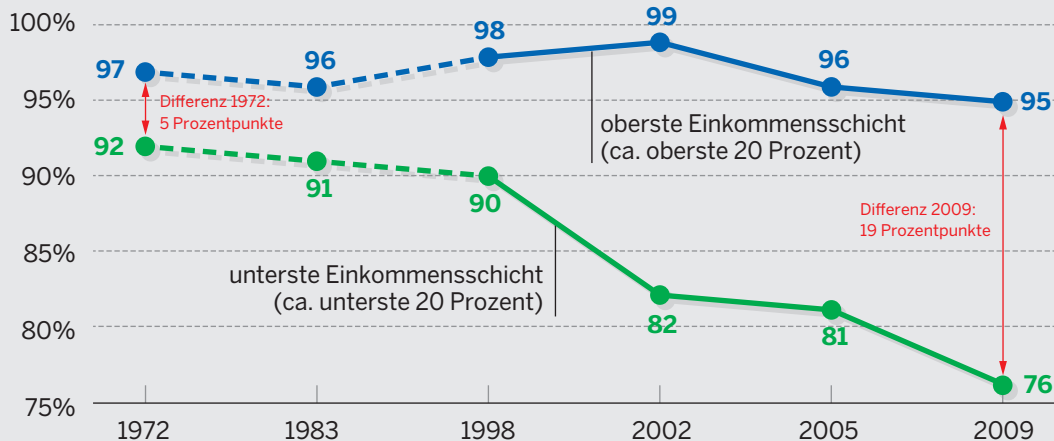
Mir liegt besonders am Herzen:

Armut ehrlich zu benennen, heißt immer auch, ehrlich Steuern zahlen. Und weil alle die Solidargemeinschaft einmal nötig haben könnten, sollten auch alle für die Gemeinschaft solidarisch bezahlen.

Anne Haigis, Sängerin, Bonn

Die Wahlbeteiligung von Geringverdienern sinkt stetig

Frage: „Haben Sie bei der Bundestagswahl am (...) gewählt, oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?“
Antwort: „Ja, ich habe gewählt.“



Angaben in Prozent; Basis: Bundesrepublik Deutschland, Wahlberechtigte (bis 1991: Westdeutschland).
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

Grafik: Büro für bessere Kommunikation

Viele Menschen mit geringem Einkommen gehen nicht mehr wählen. Die drohende soziale Spaltung gefährdet auch die Demokratie.

geringem Einkommen, die bei Bundestagswahlen gewählt haben, von 90 auf 76 Prozent verringert. Viele von ihnen meinen, es bringe nichts, sich politisch zu engagieren. Die drohende soziale Spaltung gefährdet also nicht nur die Existenz und die Lebensqualität der Einzelnen, sondern auch den sozialen Frieden, das solidarische Miteinander und die Demokratie in unserem Land.

Wir setzen auf eine gerechte Gesellschaft

Die Landesregierung tritt mit ihrem Handlungskonzept für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung ein. Sie will eine Gesellschaft, die auch unter sich verändernden Rahmenbedingungen ihren inneren Zusammenhalt bewahrt und die versteht, dass nur aus Solidarität und sozialer Verantwortung Vertrauen, Zuversicht und Lebensqualität für alle wachsen.

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Ich sehe, wie immer mehr Menschen auf der Schattenseite leben müssen. Der Abstand zu denen, die auf der Sonnenseite leben, wird immer größer. Dagegen müssen wir alle etwas tun. Wenn wir das nicht in den Griff kriegen, wird es fatale Folgen für unsere Gesellschaft und für unsere Demokratie haben.

Mir liegt besonders am Herzen:

Ich habe im Leben sehr viel Glück gehabt und weiß, dass dies nicht selbstverständlich ist. Daher setze ich mich mit meinem „Wolfgang-Overath-Fonds“ dafür ein, Menschen in besonderen Schwierigkeiten schnell und unbürokratisch zu helfen, wie Obdachlosen und ihren Kinder sowie Menschen, die in große Not geraten sind.

Wolfgang Overath, Ehemaliger Fußballnationalspieler und Ex-Präsident des 1. FC Köln



Das Handlungskonzept.

Die Landesregierung setzt auf eine vorbeugende Politik vor Ort für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung. In Zusammenarbeit mit Kommunen und anderen Organisationen, mit Initiativen, Bürgerinnen und Bürgern, die sich gemeinsam für diese Ziele engagieren.

Vorbeugung: Im Interesse aller

Um Armut und soziale Ausgrenzung zu verringern oder bestenfalls gar nicht erst entstehen zu lassen, setzt die Landesregierung auf ein präventives Handlungskonzept. Zentrale Handlungsfelder dieses vorbeugenden Eingreifens sind dabei der sogenannte **Sozialraum** (s. Seite 14) sowie die **Lebenslagen** (s. Seite 21) besonders gefährdeter Personen. Es geht darum, die Menschen in den entscheidenden Situationen dort erreichen zu können, wo sie auch leben. Handeln, bevor es zu spät ist! Das ist ein zentraler Ansatz des Handlungskonzepts. Voraussetzung dafür sind eine effiziente Ressourcenbündelung, mehr Transparenz und vorausschauende Planung. So können frühzeitig Weichen gestellt und neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden. Bereits bestehende Programme sollen dazu noch besser aufeinander abgestimmt und auf das gemeinsame Ziel der Armutsbekämpfung ausgerichtet werden. Das Handlungskonzept für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung ist langfristig bis zum

Jahr 2020 angelegt, denn es geht nicht um kurzfristige Reparaturarbeiten, sondern um strukturelle Veränderungen. Die Landesregierung forciert dabei die Zusammenarbeit mit Kommunen, beteiligten Organisationen und Initiativen sowie den Bürgerinnen und Bürgern.

Vor Ort: Die Kommunen unterstützen

Die Kommunen sind das institutionelle Fundament unseres Gemeinwesens. Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind die Heimat der Menschen. Ihnen in ihrer Heimat ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, in dem sie am sozialen Leben teilnehmen können – das geht nur, wenn vor Ort die entsprechenden Bedingungen dafür geschaffen werden. Armut gibt es zwar häufiger in den Großstädten, aber auch in Kleinstädten und auf dem Land brauchen wir Konzepte, um Menschen vor Armut zu bewahren. Die soziale Ungleichheit spiegelt sich in den Quartieren wider: Die einen leben in gutsituierten Gegenden, die anderen in benachteiligten Vierteln. Die einen

haben Arbeit und ein Einkommen, das ihnen und ihren Familien den Lebensunterhalt sichert oder sogar sehr viel mehr. Die anderen haben zwei unterbezahlte Jobs oder sind arbeitslos und wissen oft nicht, wovon sie Essen und Kleidung bezahlen sollen. Die Landesregierung will mit diesem Handlungskonzept die Kommunen auch weiterhin dabei unterstützen, diese fortschreitende Ungleichheit zu bekämpfen und ihr vorzubeugen. Es zielt deshalb auf den Sozialraum bzw. das Quartier.

Miteinander: Zusammenarbeit mit Partnern fördern

Es gibt viele Institutionen, Organisationen und Einrichtungen, die sich für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung engagieren. Die Landesregierung setzt bei ihrem Handlungskonzept auf die Zusammenarbeit mit ihnen. Ob Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen oder Stiftungen – viele haben umfangreiche Erfahrungen mit diesem Thema und gute Kontakte vor allem in den betroffenen Quartieren. Denn sie sind Träger von Projekten und Hilfseinrichtungen vor Ort, sie haben Einblicke in die Bedürfnisse und Anliegen der von Armut betroffenen Menschen. Die Kommunikation mit ihnen ist ein wichtiger Baustein in der vorsorgenden Armutsbekämpfung ebenso wie in der Entwicklung von Chancen und Wegen aus schon bestehender Armut. Deshalb werden sie mit dem Handlungskonzept für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung besonders angesprochen. Mit Diskussionen und Workshops vor Ort soll die jeweilige Lage erkundet

und diskutiert werden, um so die Zusammenarbeit zu fördern und die Zielgenauigkeit von Maßnahmen zu steigern. Befördert werden sollen damit sowohl bestehende als auch neue Initiativen, in denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Quartiers bereits engagieren oder die sie planen. Das bürgerschaftliche Engagement ist ein unverzichtbares Element, wenn es darum geht, im Viertel, im Quartier, der Verarmung und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Hier will die Landesregierung die Menschen ermutigen, das ihnen Mögliche zu tun. Denn nicht nur die Politik, sondern die Gesellschaft insgesamt kann und muss sich für die Lösung der Probleme einsetzen.

Botschafterinnen/Botschafter: Engagierte Menschen setzen sich ein

Es gibt viele prominente und nicht prominente Menschen, die sich teilweise schon seit Jahren für andere engagieren, denen es nicht so gut geht wie ihnen selbst. Sie wissen, dass es viele gibt, die Unterstützung und Hilfe benötigen und haben in selbst gegründeten Projekten oder in schon bestehenden Initiativen eine sinnvolle Aufgabe gefunden. Sie sind in ihrem Umfeld bekannt und machen sich als Botschafterinnen und Botschafter auch im Rahmen dieses Handlungskonzeptes für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung stark. Ihre Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass Menschen das ihnen Mögliche tun, um denen zu helfen, die arm und ausgegrenzt sind. Sie stehen damit für die Botschaft: NRW hält zusammen. Für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung.



MEINE BOTSCHAFT

Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Kindheit ist immer prägend und jedes Kind sollte die Möglichkeit haben, sich frei zu entwickeln. Es darf nicht sein, dass Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer Lebenssituation kulturell und sozial ausgegrenzt werden. Wenn sich ein jeder von uns für seinen Nächsten und insbesondere für Kinder einsetzte, würde unser Land viel schöner und menschlicher werden.

Mir liegt besonders am Herzen:

Mit unserem Verein sunshine4kids wollen wir Kindern, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden, eine fröhliche und unbeschwertere Zeit bescheren. Sie lassen die Sorgen und Probleme hinter sich, verarbeiten das als belastend Erlebte und können wieder neuen Lebensmut fassen. Wir machen Kinder wieder glücklich: mit Segeltörns, Projekten, Events.

Gaby Schäfer, Vorstand sunshine4kids e.V., Sprockhövel

” Immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm.

Das können wir in unserem reichen Land nicht akzeptieren. Wir müssen daher

die Ursachen von Armut bekämpfen,

statt uns weiter an den Symptomen abzarbeiten.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist nur

ein erster Schritt. Wir müssen weiterhin konsequent prekäre

Beschäftigung eindämmen und **für faire Bedingungen**

bei Leiharbeit und Werkverträgen sorgen. “



Guntram Schneider
Minister für Arbeit,
Integration und
Soziales des Landes
Nordrhein-Westfalen

Finanzierung: EU-Mittel ausschöpfen

Für neue oder bereits bestehende Förderprogramme kann kein zusätzliches Geld aus dem Landeshaushalt eingesetzt werden. Dies gebieten die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Einhaltung der Schuldenbremse. Auch den Kommunen sollen durch die Umsetzung des Handlungskonzeptes für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung keine Kosten entstehen, ihnen sollen keine neuen Aufgaben übertragen werden. Stattdessen sollen die Möglichkeiten der europäischen Strukturfonds genutzt werden. Diese sehen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vor, auch auf kommunaler Ebene. Die Landesregierung setzt deshalb

darauf, bei vorhandenen und neuen Programmen und Fördermaßnahmen Prioritäten zu setzen. Das Ziel sind Strukturreformen, die unsere Gesellschaft insgesamt gegen Armut stärken. Dieser Politikansatz ist nur mit dem Bund und den Kommunen gemeinsam zu verwirklichen. Klar ist: Nachsorge ist teurer als Vorsorge. Wer auf die vorbeugende Bekämpfung der Armut verzichtet, verschärft mittel- und langfristig die Probleme und belastet die öffentlichen Haushalte zusätzlich.

■ Das Handlungskonzept für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung sowie weitere Informationen finden Sie auf www.nrw-hält-zusammen.nrw.de

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Bei uns im Viertel können viele Menschen mehr schlecht als recht leben. Es sind vor allem alleinerziehende Frauen, die oft arbeitslos sind und mit Hartz IV klar kommen müssen und es sind die vielen Familien mit Migrationshintergrund. Aber Armut ist nicht nur Last, sondern auch Segen: Weil hier alle mit anpacken und jeder etwas beitragen kann.

Mir liegt besonders am Herzen:

Angesichts der Situation in den Altersheimen sollten dort auch Jugendliche mit Lernbehinderung mitarbeiten können, die eine Ausbildung zur Fachpraktikerin oder zum Fachpraktiker absolviert haben. So bekommen junge Menschen eine Ausbildung und Zukunftsperspektiven, auch wenn sie keinen tollen Hauptschulabschluss haben. Und den sozialen Einrichtungen, wie z.B. Krankenhäusern, Altenheimen oder Einrichtungen der Behindertenhilfe wird geholfen. Wir setzen uns bei Politik, Kirchen und Caritas-Verbänden dafür ein.“

Franz Meurer, Pfarrer, Pfarrei St. Theodor, Köln



Sozialraum. Lebenswerte Quartiere

Armut zeigt sich oft in bestimmten Stadtteilen und Quartieren. Die Politik muss sich deshalb am Sozialraum, an der Arbeit vor Ort, orientieren. Dabei stehen die Menschen im Mittelpunkt.

Armut ist häufig städtisch und in Quartieren konzentriert

Menschen, die arm und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind, leben häufig mit vielen anderen in derselben schlechten sozialen Lage in bestimmten Stadtteilen und Quartieren. In Nordrhein-Westfalen gibt es deutliche regionale Unterschiede, wo Armut besonders häufig zu finden ist: Im Ruhrgebiet lag die Armutsrisikoquote 2012 bei 19,5 Prozent, im Münsterland bei 12,8 Prozent.¹⁾ Vor allem findet man Armut in (großen) Städten. So steigt und konzentriert sie sich insbesondere in den Metropolen wie Düsseldorf, Köln, Dortmund, Duisburg und Essen.²⁾ In den benachteiligten Stadtteilen leben vorwiegend Menschen, die ein sehr geringes Einkommen haben und unterversorgt sind. Hartz IV-Leistungen sind dort der Regelfall. Hinzu kommt, dass in einzelne Schulen, Kindergärten und Horte oft überproportional mehr Kinder

aus benachteiligten Familien gehen, als es ihrem Anteil an den Kindern des Stadtteils entspricht. Denn Familien, die aufsteigen wollen und Wert auf die Bildung ihrer Kinder legen, versuchen, diese an Schulen anderer Stadtteile anzumelden, um deren Chancen zu verbessern.

Eine neue Sozialpolitik, orientiert am Sozialraum

Deshalb will die Landesregierung eine Sozialpolitik vorantreiben, die am Sozialraum orientiert ist. Sie kann schon früh und konzentriert Benachteiligungen und negativen Einflüssen entgegenwirken. Dabei stehen die Menschen im Mittelpunkt. Das Quartier ist der Ort, an dem sich gesellschaftliche Solidarität entfalten kann. Dort müssen Profis und ehrenamtlich Engagierte zusammenarbeiten, z.B. mit Nachbarschaftshilfen, auch über die verschiedenen Generationen hinweg. Ein wesentliches Ziel ist es, gegen „vererbte“ Armut vorzugehen. Kinder sollen gute Chancen für Bildung und Beruf bekommen, damit sie als Erwachsene ein selbstbestimmtes Leben führen können.

1) Sozialbericht NRW 2012

2) Meyer, Daniel/ Seibt, Eric: Die Armut steigt und konzentriert sich in den Metropolen. WSI Report, Nr. 8, November 2012

„ Lebenswerte Wohnquartiere für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen – das ist mein Ziel.

In einer solidarischen Gesellschaft **darf es weder Armen- noch Reinghettos geben!** Mit unserer Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik wollen wir



Michael Groschek
Minister für Bauen,
Wohnen, Stadtentwicklung
und Verkehr des Landes
Nordrhein-Westfalen

den sozialen Zusammenhalt sichern, die Wohnungsbestände zukunftsfähig umstrukturieren, die kommunale Infrastruktur erhalten und verbessern und damit insgesamt **das Lebensumfeld der Menschen in den Quartieren verbessern.** “

Das Programm „Soziale Stadt NRW“ bietet bereits wichtige Ansatzpunkte. Es fördert den Städtebau, insbesondere die Erneuerung von Quartieren. Auf dessen umfassenden praktischen Erfahrungen baut die Landesregierung auf, um die Armut in den benachteiligten Stadtteilen und Quartieren zu bekämpfen. Dies sind die Eckpunkte ihrer neuen Politik, die stärker am Sozialraum orientiert ist:

- Stadtteile mit besonderem Bedarf an Bildung, Erziehung, Betreuung, Förderung von Beschäftigung, Gesundheit, Integration und sozialer Beratung, sollen überdurchschnittlich mit Ressourcen ausgestattet werden.
- Ressourcen und fachliche Ansätze sollen in den Quartieren gebündelt und besser aufeinander abgestimmt werden.
- Um Mittel aus sozialen Förderprogrammen zu bekommen, müssen Kommunen eine strategische Sozialplanung oder entsprechende Aktionspläne vorlegen. Sie werden dabei von der Landesregierung unterstützt.

Sozialplanung ist notwendig

Sozialplanung ist notwendig für eine Politik, die sich am sozialen Raum - den Stadtteilen und Quartieren - orientiert. Mit diesem Instrument wird die soziale Lage vor Ort analysiert, wird der Bedarf für Unterstützung festgestellt und werden soziale Angebote und Dienstleistungen geplant. Dafür werden einerseits Daten und Informationen ausgewertet, andererseits wird die Kommunikation mit möglichst allen Beteiligten und Betroffenen gesucht. Sozialplanung fragt auch danach, wie es in anderen Politikfeldern aussieht: Wie ist die Lage der Schulen im Quartier? Gibt es genügend Angebote für die Pflege von alten Menschen? Wie sieht es mit Wohnraum aus? Wer wohnt eigentlich im Quartier und aus welchen Ländern kommen die Menschen? Werden kulturelle Aktivitäten angeboten? Sind Arbeitsplätze vor Ort vorhanden? Gibt es Einkaufsmöglichkeiten und eine ordentliche Verkehrsanbindung? Die Sozialplanung ist also ein strategischer Prozess, der

das große Ganze im Blick hat. Sie soll künftig eine wesentliche Voraussetzung dafür sein, dass soziale Maßnahmen aus Landesmitteln gefördert werden. Denn Sozialplanung trägt auch dazu bei, dass die Sozialpolitik vorbeugend wirken kann und ist somit ein wichtiger Baustein für die von der Landesregierung gewollte Prävention vor Armut. Wenn die Stärken und Schwächen von Stadtvierteln und Quartieren analysiert sind, können Maßnahmen und Ziele genau festgelegt werden. Gegenden, in denen besonders große Missstände herrschen, können so besonders gefördert werden. Hierhin sollen künftig mehr Ressourcen fließen.

Unterstützung für die Kommunen

Die Landesregierung wird die Kommunen bei der Entwicklung und dem Einsatz von Sozialplanung unterstützen. Dafür gibt es bereits ein Handbuch über moderne Sozialplanung. Außerdem wurde 2013 die Struktur der Sozialplanung in Städten und Landkreisen untersucht. Ziel ist es, dass möglichst viele Kommunen Prozesse zur Sozialplanung einsetzen und nutzen. Auf Landesebene werden dafür über die Ressorts hinweg Strukturen erarbeitet, um eine am Sozialraum orientierte Politik zu steuern. Außerdem soll für die Kommunen Beratung und Qualifizierung in diesem Bereich angeboten werden. Auch hierfür will Nordrhein-Westfalen die Mittel aus den europäischen Strukturfonds nutzen.



Teilhabe braucht Mobilität

Wer am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen will, muss mobil sein. Wo aber kein Bus fährt, die Fußwege schlecht sind und die Straßen löchrig, ist es besonders für Menschen mit geringem Einkommen, für alte und behinderte Menschen, für Eltern mit kleinen Kindern schwierig, sich fortzubewegen. Gerade sie sind auf Bus und Bahn, auf gute Fuß- und Radwege angewiesen. Diesen Aspekt will die Landesregierung zukünftig stärker in der Entwicklung von Quartieren berücksichtigen. Zudem will sie im Rahmen des Landeshaushaltes das Sozialticket weiterhin fördern.

Schulen als Orte der Integration

In vielen benachteiligten Stadtteilen und Quartieren leben Familien, in denen die Eltern ihren Kindern nicht die notwendige Unterstützung beim Lernen geben können. Darunter sind auch viele Zuwandererfamilien, in denen zu den kulturellen Unterschieden auch noch die Sprachbarriere hinzukommt. Im Schuljahr 2010/2011 stammte bereits ein Viertel der rund 2 Millionen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen aus Zuwandererfamilien. An den Hauptschulen liegt der Anteil der Jugendlichen, in deren Familie nicht Deutsch gesprochen wird, bei mehr als einem Viertel.¹⁾ Den Eltern fehlt es häufig auch an Informationen über das deutsche Bildungssystem.²⁾ So haben deren Kinder nur geringe Chancen auf eine ausreichende Bildung. Häufig bleiben ihre Lernerfolge weit hinter dem Durchschnitt zurück, sie finden nach der Schule keine Lehrstelle. Arbeitslosigkeit und Armut sind damit vorprogrammiert.

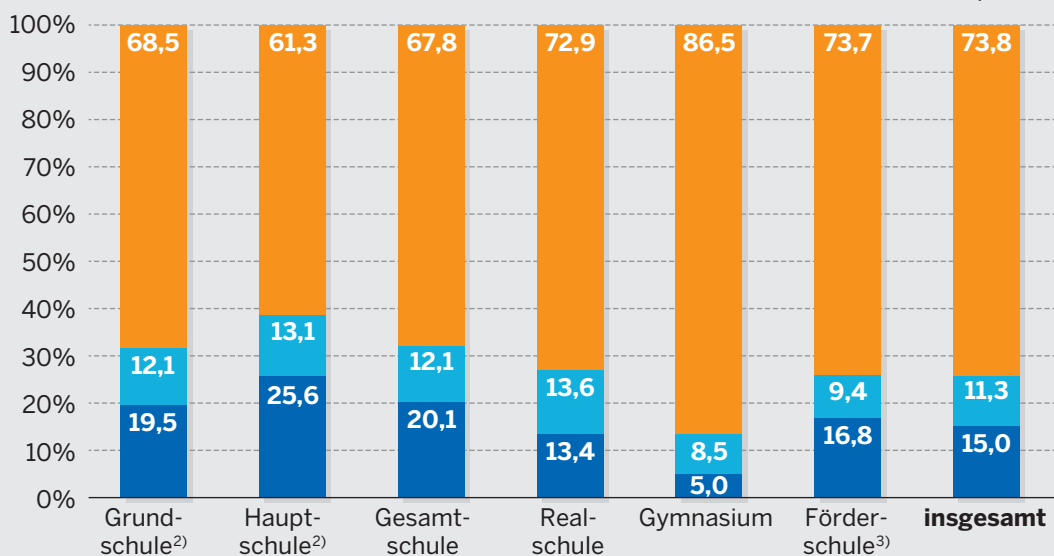
1) Vergl. Information und Technik NRW (Hrsg), Gerd Große-Venhaus: Statistik kompakt 03/12, Bildungsbeteiligung von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte

2) Vergl. Heiner Barz, Meral Cerci, Zeynep Demir: Bildung, Milieu und Migration, Kurzfassung der Zwischenergebnisse 12/2013, Düsseldorf 2013

Zu wenig Deutsch im Familienalltag

Anteile der Schüler/-innen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte und in der Differenzierung ihrer familiären Verkehrssprache 2010/11 nach Schulform

- ohne Zuwanderungsgeschichte mit Zuwanderungsgeschichte*
- deutsche Verkehrssprache¹⁾
- nicht deutsche Verkehrssprache



* Anteil an allen Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen; ¹⁾ einschl. unbekannt; ²⁾ Die Volksschule wurde mit ihrer Primarstufe der Grundschule und mit ihrer Sekundarstufe I der Hauptschule zugeschlagen; ³⁾ einschl. Schule für Kranke
Aufgrund von Rundungen ergeben die addierten Werte nicht in allen Fällen 100 Prozent.

Quelle: IT.NRW

Grafik: Büro für bessere Kommunikation

Oft fehlt es Kindern in Zuwandererfamilien an der notwendigen Unterstützung: Viele Eltern sprechen kein oder nur wenig Deutsch.

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Es gibt viele Menschen, die durch persönliche Schicksale plötzlich aus ihrem bürgerlichen Leben gerissen werden. Die zunächst nicht die Kraft und vielleicht auch nicht den Mut haben, sich helfen zu lassen. Die auf der Straße leben (müssen) und keinen Ausweg mehr sehen. Diesen Menschen muss kompetent geholfen werden! Es kann nicht sein, dass Not Leidende in unserer „reichen“ Gesellschaft ausgegrenzt werden.

Mir liegt besonders am Herzen:

Ich engagiere mich ehrenamtlich für Obdachlose im Vorstand der Kölner Einrichtung „Oase“. Jeder kann seine Talente auf verschiedenen Ebenen in solchen Initiativen einbringen. Wir brauchen einen neuen Zusammenhalt, um Armut und soziale Ausgrenzung zu beseitigen.

Frank Überall, Freier Journalist und Professor an der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft, Köln



Durch den Ausbau des Ganztages werden Schulen zunehmend zu Orten des Lernens und des Lebens. Sie fördern das soziale Miteinander über Herkunft- und Kulturgrenzen hinweg und schaffen eine Kultur, in der Vielfalt gelebt wird. In den Schulen sollen alle Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern mit ihren individuellen Voraussetzungen angenommen und wertgeschätzt werden. Die Landesregierung will deshalb die Schulen auch als „Orte der Beratung und Integration“ stärken und weiterentwickeln. Schulen sollen Glied einer kommunalen Präventionskette werden und sich noch mehr als bisher in den Sozialraum und ins Quartier öffnen. Hierzu sollten sie aktiv in die Quartiersentwicklung einbezogen und an der Gestaltung beteiligt werden. Eine Abstimmung von Schul-, Jugendhilfe- und Sozialplanung ist zu empfehlen.

Stabile Quartiere brauchen guten Wohnraum

Viele arme Menschen leben in schlechten, teilweise unzumutbaren Wohnungen. Sie wohnen teilweise mit zu vielen auf zu engem Raum. Sie leiden unter feuchten oder gar schimmeligen Wänden und können oft die hohen Nebenkosten für Energie nicht aufbringen. Oder sie sind sogar wohnungslos. Die Folgen: Sie werden krank, schämen sich Freunde und Verwandte einzuladen und sind so häufig aufgrund ihrer Wohnsituation vom sozialen Leben ausgeschlossen. Ihnen ist der Zugang zu besser bezahlbarem Wohnraum verwehrt, weil sie ein niedriges Einkommen oder keine Arbeit haben, oder weil sie Migrantinnen und Migranten sind.

Das Angebot an preis- und belegungsgebundenen Wohnungen ist zurückgegangen, die Kosten für Miete und Nebenkosten sind gestiegen (s. Grafik Seite 20). Dem will die Landesregierung entgegenwirken und sozialen Wohnraum fördern. Ziel ist ein Angebot an Wohnungen, das der Nachfrage gerecht wird und in allen Preissegmenten breit gefächert ist. Lebens- und Wohnverhältnisse sowie

” Prekäre Lebensverhältnisse führen häufig dazu, dass Kinder und Jugendliche den Mut verlieren und sich in unserer Gesellschaft ausgeschlossen fühlen.

Bildung ist der wesentliche Schlüssel, um diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Das Thema „Bildungsgerechtigkeit“ ist deshalb das oberste Leitziel meines politischen Handelns als Ministerin für Schule und Weiterbildung. “



Sylvia Löhrmann
Ministerin für Schule
und Weiterbildung
des Landes
Nordrhein-Westfalen

der Mieterschutz sollen verbessert werden. Damit soll ein attraktives Wohnumfeld in sozial stabilen Quartieren entstehen. Mit dem neuen „Wohnungsaufsichtsgesetz“ sollen die Kommunen dabei gestärkt werden, gegen Missstände und Überbelegung im Wohnraum vorzugehen. Auch das Wohngeld ist ein Beitrag, hohe Miet- und Nebenkosten für Haushalte mit geringem Einkommen tragbar zu machen.

Außerdem wird die Landesregierung neben weiteren Aspekten prüfen, ob und inwieweit Beratungen für Budget- und Rechtsfragen sowie zur Energieeinsparung lokal besser vernetzt werden können und ob die Anschaffung energieeffizienter Großgeräte wie Waschmaschinen für einkommenschwache Haushalte gefördert werden kann.

Zudem wird die Landesregierung das Aktionsprogramm gegen Wohnungslosigkeit strategisch neu ausrichten und an die aktuellen Anforderungen anpassen. Mit diesem Programm unterstützt sie die Kommunen und die freien Träger dabei, Wohnungsnotfälle durch Prävention zu vermeiden. Schließlich setzt sie sich dafür ein, die mobile gesundheitliche Erstversorgung für Wohnungslose weiter auszubauen.

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

In Bochum fürchten viele Menschen ihre Arbeit zu verlieren, viele haben sie bereits verloren. Arbeitslosigkeit ist ein ökonomisches und ein soziales Problem, weil es Menschen ihrer Identität und ihrer sozialen Bindungen beraubt. Doch damit dürfen wir niemanden allein lassen, sondern müssen als soziale Stadt aktiv Armut und sozialer Ausgrenzung entgegenwirken.

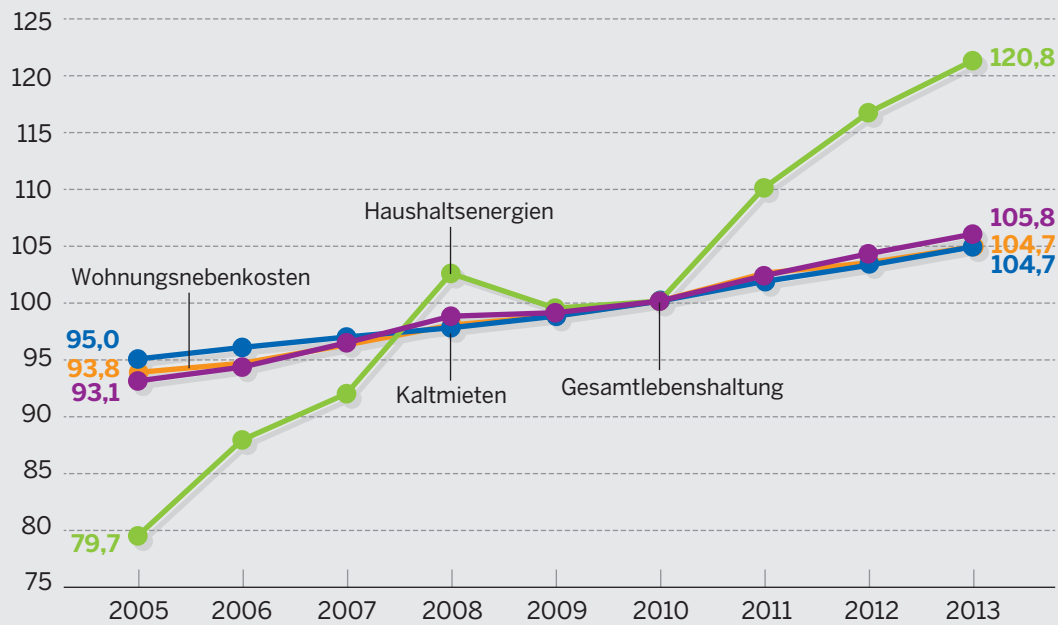
Mir liegt besonders am Herzen:

In Bochum, wie auch in vielen anderen Städten, sollten wir unsere ganze Energie einsetzen, um neue Formen für Arbeit, Bildung, Kultur und soziale Teilhabe zu entwickeln. Mit unserem Detroit-Projekt – einem internationalen Stadt- und Kunstfestival mit großer Bürgerbeteiligung – greifen wir die elementare Frage auf „Wenn Opel nicht mehr Bochum ist, was wird Bochum in Zukunft sein?“. Wir engagieren uns damit für eine Perspektive – ohne Armut und soziale Ausgrenzung.

Anselm Weber, Intendant, Schauspielhaus Bochum

Wohnen wird immer teurer

Preisentwicklung der Kaltmieten, Wohnungsnebenkosten, Haushaltsenergien und der Gesamtlebenshaltungskosten in NRW 2005 – 2013 (2010 = 100)



Ergebnisse der Statistik der Verbraucherpreise; Quelle: IT.NRW

Grafik: Büro für bessere Kommunikation

Hohe Mieten, aber vor allem die stark steigenden Energiekosten verteuern das Wohnen. Viele Menschen können sich keine angemessenen Wohnungen mehr leisten.

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Die Energiekosten sind in den letzten Jahren rasant angestiegen. Täglich wird für Haushalte die Stromversorgung unterbrochen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die Zahlungen an die Energieunternehmen zu leisten. Für mich ist klar: Eine ausreichende Versorgung mit Strom gehört zur Daseinsvorsorge – habe ich keinen Strom, bin ich arm und werde ausgegrenzt!

Mir liegt besonders am Herzen:

Die Einführung eines Sozialtarifs für Strom zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte. Dafür habe ich mit der Stadt Eschweiler eine Initiative mit Verbänden, Parteien und lokalen Stromanbietern gestartet.

Demet Jawher, Amt für Soziales, Senioren und Integration – Stadt Eschweiler, Vorstandsmitglied im Landesintegrationsrat NRW



Lebenslagen. Menschen brauchen Sicherheit

Unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen. Die Landesregierung will mit systematischer und vernetzter Unterstützung für die einzelnen Zielgruppen deren Chancen verbessern.

Armut und Ausgrenzung haben viele Ursachen

Das Risiko von Armut und soziale Ausgrenzung ist bei Alleinerziehenden und in kinderreichen Familien besonders hoch und trifft häufiger Erwerbslose, Geringqualifizierte und Personen mit Migrationshintergrund. Fast jedes fünfte Kind unter 18 Jahren, fast jede/r vierte junge Erwachsene (unter 25 Jahren) lebt in einem einkommensarmen Haushalt. Im Alter leiden insbesondere alleinlebende Frauen, darunter vor allem hochbetagte Pflegebedürftige, unter Armut. Sie alle befinden sich in unsicheren, schwierigen Lebenslagen, die sie vom gesellschaftlichen Leben ausschließen, oder die Teilhabe daran zumindest sehr erschweren. Gute schulische und berufliche Ausbildung sind entscheidende Grundlagen für gerechte Chancen, Beteiligung und ein gesundes Leben. Sie beeinflussen die Zukunft des Einzelnen ebenso wie die der Gesellschaft

insgesamt. Ob man eine Ausbildung machen kann, ob man danach einen Arbeitsplatz bekommt und welche Position man erreichen kann, hängt elementar von der schulischen und beruflichen Ausbildung ab.

Auch andere Faktoren prägen die Lebenslagen von Menschen: Der familiäre Hintergrund, Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung, niedrige Renten, gesundheitliche Einschränkungen. Hier will die Landesregierung mit ihrem Handlungskonzept ansetzen, damit möglichst alle Menschen gute Rahmenbedingungen für ein Leben ohne Armut und soziale Ausgrenzung bekommen und in Sicherheit leben können.

Kindheit und Jugend: Grundsteine für die Zukunft

Kinder und Jugendliche müssen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Geschlecht möglichst frühzeitig unterstützt und gefördert werden. Nur so können sie ihre Talente entwickeln und ihre Chancen nutzen. Damit sie gut aufwachsen können, brauchen sie die Unterstützung vieler: der Familien, der Schulen, Hochschulen und der Jugend- und Familienhilfe. Auch Gesundheitseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen, kommerzielle Anbieter und staatliche Institutionen gehören dazu. Eine besondere Verantwortung tragen dabei Bund, Länder und Kommunen.

Bei allen Angeboten sollte immer von der Perspektive des Kindes oder des/der Jugendlichen und ihrer Eltern ausgegangen werden, nicht von den Institutionen und Leistungssystemen. Hilfe und Unterstützung müssen deshalb vorbeugend, bedarfsgerecht und niederschwellig sein. Dabei sollen die Stärken der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien im Mittelpunkt stehen. Sie brauchen die Chance, mit zu entscheiden und zu gestalten, Verantwortung für sich und ihr Leben zu übernehmen. Auch wenn die Umstände widrig sind: Eltern müssen so unterstützt werden, dass sie ihren Kindern zugewandt und verlässlich zur Seite stehen können.

Gute Unterstützung: systematisch und vernetzt

Bereits heute fördert die Landesregierung viele Maßnahmen, Projekte und Initiativen, die benachteiligten Kindern, Jugendlichen und ihren Familien Hilfe gegen soziale Ausgrenzung geben und ihre Chancen verbessern. Einige Beispiele sollen hier genannt werden:

- „Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor“ (KEKIZ) ist ein Modellvorhaben des Landes, das unter anderem kommunale „Präventionsketten“ schafft. Diese bieten Unterstützung von der Schwangerschaft bis zum Übergang in das Erwerbsleben an und konzentrieren sich vor allem auf wichtige Übergangsphasen in Kindheit und Jugend, wie z.B. vom Kindergarten in die Schule, von der Schule in die Ausbildung oder in ein Studium.
- Die Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ (2012-2015) unterstützt Kommunen dabei, landesweit Strukturen zu schaffen oder weiter zu entwickeln, um Kinder von 0 bis 3 Jahren früh unterstützen zu können.
- Vor allem in Gebieten mit besonderem Armuts- und Bildungsrisiko wird ein Netz von Familienzentren auf- und ausgebaut.
- Ganztagsangebote werden weiterentwickelt.
- Das längere gemeinsame Lernen wird ausgebaut, z.B. mit Sekundarschulen.
- Das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen bzw. Bedarfen an sonderpädagogischer Unterstützung wird ausgeweitet.

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Armut und Ausgrenzung ist konkret vor Ort sichtbar: Im Ruhrgebiet ist fast jeder Fünfte von Armut bedroht oder lebt in Armut. Hier werden ganze Generationen um ihre Zukunft betrogen – ein gefährlicher sozialer Sprengstoff.

Mir liegt besonders am Herzen:

Die Menschen im Ruhrgebiet stehen für Solidarität und Gemeinsamkeit. Die Bekämpfung von Sozialabbau und Entlassungen sowie der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu auskömmlichen Löhnen haben für mich als Gewerkschafter oberste Priorität.

Rainer Einenkel, Betriebsratsvorsitzender Opel-Werk Bochum,
Mitglied des Aufsichtsrats der Adam Opel AG

„ Jedes Kind hat das Recht auf ein gelingendes Aufwachsen. Wir alle sind gefordert, Kindern **unabhängig von ihrer Herkunft positive Zukunftschancen zu eröffnen**. Deshalb ist es besonders wichtig, sich intensiv um die Kinder zu kümmern, die von Geburt an – aus welchem Grunde auch immer – schlechte Startbedingungen hatten. Wir wollen kein Kind zurücklassen. Frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung sind dabei von zentraler Bedeutung: Sie stellen die Weichen für die Zukunft unserer Kinder. “



Ute Schäfer
Ministerin für Familie,
Kinder, Jugend, Kultur
und Sport des Landes
Nordrhein-Westfalen

- Die „Landesinitiative Starke Seelene“ hilft, die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu erhalten und zu verbessern.
- Das „Meldeverfahren Vorsorgeuntersuchungen/ Gesunde Kindheit“ hilft, die allgemeine Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Blick zu behalten.
- Der Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ unterstützt Kinder und Jugendliche beim Mittagessen in Schulen und Tageseinrichtungen.

Oft werden Kinder und Jugendliche aber nur an bestimmten Punkten ihres Lebens erreicht, Hilfe wird häufig erst spät und reaktiv angeboten. Ganz besonders für die, die schon lange in Armut aufwachsen, fehlt eine systematische und abgestimmte Unterstützung. Die Landesregierung will deshalb auch die Vorbeugung vor Kinderarmut strukturell stärken und fachübergreifend organisieren. Der Runde Tisch „Hilfe für Kinder in Not“ bietet dafür bereits gute Voraussetzungen: Er vereint Vertreter und Vertreterinnen verschiedener Ressorts sowie von Verbänden und Institutionen. Von ihnen wurde u.a. vorgeschlagen, die Grundversorgung von Kindern und Jugendlichen unabhängig von den Ansprüchen der Eltern auf finanzielle Unterstützung oder bei Sanktionen gegen sie abzusichern. Landesweit sollten vor Ort die öffentlichen Ressourcen möglichst bedarfsorientiert, ggf. nach sozialen Indikatoren, verteilt werden. Eltern sollten in die Konzeption der Kinder- und Jugendarbeit einbezogen werden. Vernetzung und Kooperation sollen leitende Prinzipien für die Präventionsarbeit vor Ort sein.

Bildung: Schutz vor Armut

Immer noch hängen die Bildungschancen stark von der sozialen Herkunft ab. Umgekehrt gilt: Wer keine Schule abgeschlossen, keinen Beruf erlernt hat, läuft stärker Gefahr, arm zu werden oder zu bleiben. Die Landesregierung setzt deshalb weiterhin darauf, lebenslanges Lernen zu fördern und ein inklusives Schulsystem zu schaffen, das keine Kinder zurücklässt. Auch die frühkindliche Betreuung soll qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut werden. Mit dem Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist die Zielsetzung verbunden, dass jede und jeder Jugendliche eine Perspektive auf eine Ausbildung bekommt. Ihr Potential wird analysiert, und sie sollen sich konkret über Berufe und Studiengänge informieren können. In mehreren Praktika können die Jugendlichen die betriebliche Wirklichkeit kennenlernen und ihnen kann so der Übergang in Ausbildung, Studium oder Beschäftigung erleichtert werden. Seit 2012 gibt es dieses Angebot schon in sieben Referenzkommunen – ein flächendeckender Ausbau ist bis Ende 2018/19 vorgesehen. Alle Jugendlichen, die das wollen und können, sollen studieren können. Dabei brauchen besonders junge Menschen aus schwierigen Verhältnissen Unterstützung. Die Landesregierung will dies zukünftig verbessern.

Auch wer un- oder angelernt ist, muss die Chance bekommen, sich weiterzubilden und so eventuell doch noch einen Beruf zu erlernen. Deshalb unterstützt die Landesregierung Bemühungen, nicht-formal erworbene Lernergebnisse zu ermitteln, zu dokumentieren und anzuerkennen. Wenn sie systematisch erfasst werden, können sie auch im Bildungssystem berücksichtigt werden. Zudem sollte es leichter möglich sein, auch als Erwachsene oder Erwachsener erstmals einen Beruf zu

erlernen. Das könnte gerade für Frauen, die dies wegen Kinderbetreuung nicht in jungen Jahren schaffen, interessant sein und Altersarmut verhindern. Auch Migrantinnen und Migranten würden so bessere Perspektiven für Beruf und Einkommen eröffnet.

Arbeitslosigkeit: bekämpfen und vorbeugen

Eine der wichtigsten Ursachen, warum Menschen arm sind, ist Arbeitslosigkeit. 58,4 Prozent der arbeitslosen Menschen waren 2012 in Nordrhein-Westfalen dem Einkommen nach relativ arm.¹⁾ Zwar sind in den vergangenen Jahren deutlich weniger Menschen arbeitslos und die Beschäftigung ist gestiegen. Das lag allerdings überwiegend an mehr Teilzeit- und Niedriglohnjobs, die eben nur wenig Einkommen bringen. Zudem sind viele Menschen schon sehr lange ohne Arbeit und beziehen Hartz IV-Leistungen. 45,7 Prozent allerer, die im Juni 2013 Anspruch auf Leistungen hatten, bekamen schon seit mindestens vier Jahren Unterstützung.²⁾ Oft sind es Menschen ohne oder mit niedrigen Bildungsabschlüssen, alte, behinderte oder psychisch belastete Personen, die schon lange arbeitslos sind. Sie brauchen längerfristige und zielgerichtete Unterstützung. Hier will die Landesregierung weiterhin vorbeugend wirken, aber auch Arbeitslosen mit besonderen Problemen den (Wieder-) Einstieg in Beschäftigung erleichtern. Ihnen soll eine menschenwürdige Existenz ermöglicht werden, sie sollen sozial stabilisiert und besser befähigt werden, wieder einen Job zu finden.

1) Vergl. Sozialbericht NRW 2012

2) Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg 2014



Erwerbstätigkeit: Voraussetzung für soziale Integration

Zentrale Grundlage für die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand, auch im Alter, ist der diskriminierungsfreie Zugang zu einer Existenz sichernden Erwerbstätigkeit, insbesondere in fair bezahlter und sozial abgesicherter Beschäftigung. Sie sollte nach einer qualifizierten Ausbildung im Lebenslauf weitgehend kontinuierlich und vollzeitnah bis zur Rente ausgeübt werden können. Erwerbsarbeit zu fairen Bedingungen und gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Kinder und Pflege)

MEINE BOTSCHAFT



Wenn ich an Armut und soziale Ausgrenzung denke, fällt mir spontan ein:

Soziale Ausgrenzungen finden heute leider überall statt. „Hast du nichts, bist du nichts“. Diese Prinzipien müssen durchbrochen werden, im Namen der Menschlichkeit! Es ist unsere Pflicht, Armut und soziale Ausgrenzungen aufzufangen.

Mir liegt besonders am Herzen:

Man muss den Menschen zeigen, dass sie etwas wert sind und zu unserer Gesellschaft gehören. Unser „7 Sterne Hotel“ für Obdachlose soll eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Obdachlosigkeit wird immer uferloser und deswegen darf dieses Hotel auch nicht das Einzige bleiben. Die Rechte des Menschen sollen unantastbar bleiben!

Ralf Richter, Schauspieler, Köln

Arbeitslosigkeit aktiv bekämpfen und den Wiedereinstieg fördern: Sechs Beispiele

- **Das Pilotprojekt „Soziale Dienstleistungen Hand in Hand“** soll beispielsweise sogenannte Produktionsnetzwerke erproben. In ihnen werden Jobcenter, Dienste und Einrichtungen für soziale Dienstleistungen verbindlich zusammenarbeiten. An bis zu vier Standorten sollen exemplarisch solche „Produktionsnetzwerke“ für jeweils eine besondere Zielgruppe entstehen.
- **Das Pilotprojekt „Schritt für Schritt“** der Freien Wohlfahrtspflege kümmert sich intensiv um arbeitsmarktferne Haushalte, die schon lange Hartz IV-Leistungen beziehen. Ziel sind konkrete Hilfen, um den Alltag zu bewältigen, die soziale Teilhabe zu verbessern und schrittweise die betroffenen Menschen wieder zu befähigen, zu arbeiten.
- An vier Standorten werden **gemeinsam mit den Jobcentern Modelle erprobt**, um Migrantinnen und Migranten, die Hartz IV-Leistungen beziehen, sowohl sprachlich als auch beruflich besser zu qualifizieren.
- **Das Land fördert ein integriertes Angebot** von öffentlich geförderter Beschäftigung, Qualifizierung und Coaching für besonders benachteiligte Menschen, um den langen Bezug von Leistungen zu vermeiden und zu verringern.
- **Evaluieren werden derzeit** Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren, die eine niedrigschwellige trägerübergreifende Beratung anbieten. Angestrebt wird, dass sie enger mit Stellen zur Beratung bei Verbraucherinsolvenzen, Sucht- und Drogenberatungen sowie weiteren regionalen Anlaufstellen vernetzt werden.
- Im Rahmen der **„Landesinitiative Netzwerk W(wiedereinstieg)“** werden jährlich u.a. zielgruppenspezifische Aktivitäten der rund 50 kommunalen Netzwerke zum Wiedereinstieg gefördert, so z.B. auch für Alleinerziehende und Migrantinnen. Begleitend werden die Internetportale www.wiedereinstieg.nrw.de und www.migra-info.de angeboten.

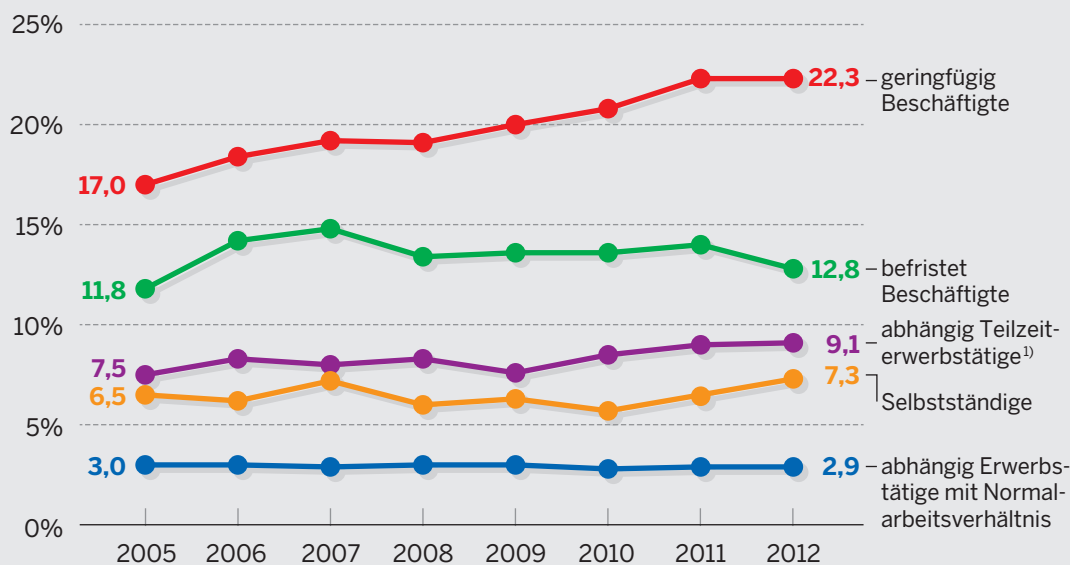
sind deshalb notwendig für Frauen und Männer. Die Landesregierung setzt sich deshalb dafür ein, dass die vielfältigen Ursachen für die erhebliche Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Höhe von 22 Prozent abgebaut werden, durch gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, Aufwertung von „Frauenberufen“ (u.a. Pflege), Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Unterstützung des – gerade auch frühzeitigen – beruflichen Wiedereinstiegs nach einer Familienphase und Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuungsangebote. U.a. werden hier die Lebenslagen von Alleinerziehenden und Migrantinnen besonders berücksichtigt.

Prekäre, unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse sind häufig Ursachen für Armut und soziale Ausgrenzung. Rund ein Fünftel der Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen arbeitet zu Niedriglöhnen, zwei Drittel davon sind Frauen. Besonders geringfügig Beschäftigte sind von Armut betroffen. Auch Menschen mit befristeten Arbeitsstellen oder in Teilzeit tragen ein hohes Armuts-

risiko. Immer mehr Menschen, die bezahlte Arbeit haben, sind auf staatliche Hilfe angewiesen. Darunter sind auch solche mit Vollzeitstellen. Oft reicht ihr Einkommen nicht aus, besonders, wenn viele Kinder in der Familie leben. Mit der Initiative „Faire Arbeit – Fairer Wettbewerb“, die Anfang 2013 gestartet wurde, will die Landesregierung den Weg für Nordrhein-Westfalen als Land der fairen Arbeit bereiten. Der Fokus der Initiative liegt auf der Förderung der Umwandlung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Zudem sollen die Rahmenbedingungen für eine faire Gestaltung von Leiharbeit und Werkverträgen geschaffen werden. Gute Strategien, um prekäre Beschäftigung zu verhindern, sollen gefördert werden.

Arm trotz Arbeit

Armutsrisikoquoten (Prozent)* Erwerbstätiger in NRW 2005 – 2012 nach Art des Arbeitsverhältnisses**



* Zahl der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala) von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung je 100 Personen entsprechender Bevölkerungsgruppe; ** Bevölkerung in Privathaushalten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, ohne Schüler/-innen, Studierende und Auszubildende; ¹⁾ ohne geringfügig Beschäftigte; Ergebnisse des Mikrozensus
Quelle: IT.NRW
Grafik: Büro für bessere Kommunikation

Menschen mit geringfügiger und befristeter Arbeit sind besonders von Armut bedroht. Ihr Einkommen reicht oft nicht, um den Lebensunterhalt zu finanzieren.

Altersarmut: Frauen sind besonders betroffen

Alleinlebende ältere Frauen sind besonders gefährdet, arm zu sein. Die geringeren Einkommen von Frauen führen bereits heute dazu, dass sie durchschnittlich fast 60 Prozent weniger Rente bekommen als Männer. Besonders gering qualifizierte ältere Menschen werden zukünftig zu den Armen zählen, weil sie häufig schon lange arbeitslos oder prekär beschäftigt waren. Auch die in den 1960er Jahren angeworbenen „Gastarbeiter“ sind heute oft arm. Zu denen, die im Alter häufig mit Armut zu kämpfen haben, zählen auch manche Selbstständige. Hinzu kommt, dass durch die Strukturreformen in der gesetzlichen Rentenversicherung das Niveau der Renten stetig sinkt. Dadurch werden auch immer mehr Rentnerinnen und Rentner unter die Armutsschwelle fallen.

Alte Menschen schämen sich häufig ihrer Lage oder wissen gar nicht, dass ihnen eine Grundsicherung zusteht. Bei ihnen findet man deshalb besonders oft verdeckte Armut. Die Landesregierung will verstärkt über die Ansprüche informieren und auch die zuständigen Leistungsträger für dieses Problem sensibilisieren. Ihr Ziel ist es, allen älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Einige Maßnahmen sollen dies unterstützen:

- Die fortlaufende Berichterstattung durch die Landesregierung über die Lebenslagen älterer Menschen sowie der Aufbau einer landesweiten Datenbank über Versorgungs- und Pflegeangebote werden abgeschlossen.
- Durch die Weiterentwicklung des Landespflegegesetzes sowie des Wohn- und Teilhabegesetzes werden Grundlagen geschaffen, dem demografischen Wandel zu begegnen.
- Mit dem „Masterplan altengerechte Quartiere.NRW“ werden die Kommunen bei der Entwicklung der sozialen Infrastruktur mit dem Schwerpunkt „Versorgung und soziale Teilhabe älterer Menschen“ unterstützt.
- Mit dem Projekt „Aktivierung in der Sozialhilfe“ und andere Maßnahmen werden die aktivierenden Hilfen für SGB XII-Leistungsbezieher gestärkt.
- Praxisbeispiele aus der Seniorenpolitik werden von der Landesseniorenvertretung zusammengestellt und als Handlungsanleitung gemeinsam mit der Landesregierung veröffentlicht.



www.nrw-hält-zusammen.nrw.de



Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fax 0211 855-3211
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de

Konzept: www.bessere-kommunikation.de

Text: Dr. Sabine Nehls, Haan

Gestaltung: zang.design, Sprockhövel

Infografik: Niesen Mediendesign, Düsseldorf

Fotos: fotolia.com (Titel), colourbox.com (S.6, 11, 16, 18, 24), MEV-Verlag (S.14)

Minister/innen: Franklin Berger (S.6, 19), Ralph Sondermann (S.13), Manfred Damm (S.15), Judith Michaelis (S.23)
Botschafter/innen: Dennis Brosda (S.10), KNA-Bild/W. Radtke (S.13), Manfred Wegener (S.17), Diana Küster (S.19), Gerhard Heinz (S.22), Pressefoto oder privat: (S.8, 9, 12, 20)

Druck: Hausdruckerei MAIS NRW

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Herausgebers.
Düsseldorf, Juli 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.